

Kleine Anfrage der Fraktion der CDU

Videoaufklärung an Haltestellen - Wie stark hat sich die SPD dafür wirklich eingesetzt?

Im Rahmen der Bürgerschaftswahl 2023 in Bremen verkündete die SPD-Fraktion, dass sie sich für die gezielte Videoüberwachung an Haltestellen einsetzen wolle. Man nahm sich vor, die Bremer Straßenbahn AG (BSAG) sowie BremerhavenBus in die Lage zu versetzen, bestimmte Straßen- und Bushaltestellen, an denen Straftaten und Vandalismus konkret zu befürchten sind, Schritt für Schritt mit einer Überwachungsanlage auszustatten. Seither ist von diesem Vorhaben noch nicht viel bekannt geworden. Gerade in Anbetracht der verschärften Sicherheitslage in Bremen, mit einer steigenden Anzahl von Raubüberfällen, gerade auch im Bereich von Haltestellen, ist das Ansinnen diese mit Videoanlagen auszustatten, um Straftaten aufzuklären oder eben auch präventiv zu verhindern, der richtige Ansatz.

Inwieweit dieses Vorhaben bislang zur Umsetzung gekommen ist, gilt es daher herauszufinden.

Vor diesem Hintergrund fragen wir den Senat:

1. Wie viele und welche Haltestellen werden aktuell und seit wann (Stichtag 01.06.2024) im Land Bremen videoüberwacht (bitte getrennt für Bremen und Bremerhaven angeben)?
2. Wie viele Haltestellen waren es im Mai 2023 und wie viele sind damit seither hinzugekommen?
3. Inwieweit konnte aus Sicht des Senats durch die zusätzliche Einrichtung von Videoaufklärungsanlagen an Haltestellen sowohl die Sicherheit der Fahrgäste als auch der Fahrer erhöht werden?
4. Welchen Mehrwert sieht der Senat durch die Videoaufklärung an Haltestellen?
5. Welche Kosten entstehen durch die Videoaufklärungssysteme einer Haltestelle im Land Bremen in etwa (Videoanlage, Personal zur Auswertung, Instandhaltung etc.)?
6. Inwieweit konnten die BSAG und BremerhavenBus mit den jeweiligen Polizeien eine Prioritätenliste abstimmen, welche Haltestellen für die Überwachung in Angriff genommen werden sollen (bitte die Prioritätenliste anführen)?
7. Welche Haltestellen plant der Senat in den Jahren 2024, 2025 und 2026 zusätzlich mit Videoaufklärungssystemen auszustatten (bitte getrennt für Bremen und Bremerhaven angeben)? Für wann plant der Senat den Ausbau der Videoüberwachungsanlagen und wo?

8. Welche Haltestellen wurden vom Senat als sogenannte „Hotspots“ ausgemacht, an denen aus Sicht des Senats mit Straftaten und Vandalismus konkret zu rechnen ist? Durch welche Anzahl an Straftaten seit 2019 wird diese Annahme des Senats gestützt?

9. Inwieweit konnten in diesem Zusammenhang die rechtlichen und finanziellen Rahmenbedingungen geklärt werden?

10. Wie viel finanzielle Mittel wurden für den Ausbau von Videoaufklärungssystemen an Haltestellen in den Haushaltsjahren 2024 und 2025 hinterlegt?

11. Welche weiteren besonderen Angst- und Gefahrenorten hat der Senat für den Ausbau der Videoaufklärung im Land Bremen bisher ausgemacht?

Beschlussempfehlung:

Marco Lübke, Michael Jonitz, Frank Imhoff und Fraktion der CDU